

presse

Nahost – die Chance für Demokratie und Menschenrechte nutzen

Zu den politischen Umwälzungen im Nahen Osten erklärt der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Christoph Strässer:

Die SPD-Bundestagsfraktion verurteilt aufs Schärfste die brutale Gewalt, mit der in Libyen gegen Demonstranten vorgegangen wird, und begrüßt, dass die Arabische Liga ein Zeichen gesetzt und Libyen ausgeschlossen hat. Auch der UN-Sicherheitsrat hat gefordert, dass die Gewalt sofort beendet und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Nun muss die EU ebenfalls klar Stellung beziehen und darauf drängen, dass die Bevölkerung medizinisch und humanitär versorgt werden kann.

Seit kurzem ist im Nahen Osten nichts mehr, wie es war. Wir freuen uns über das Ende der autoritären Herrschaft in Tunesien und Ägypten und verfolgen zwischen Bangen und Hoffen die Demonstrationen in den anderen Ländern der Region. Es ist eine Bewegung aus dem Volk heraus, ansteckend über die Grenzen hinweg, mächtigen Polizei- und Armeekräften trotzend. Die Bewegung birgt Risiken, aber noch mehr Chancen - für die Freiheit, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und für ein besseres Leben. Den Menschen, die gegen Unrecht, Korruption, Armut und Perspektivlosigkeit auf die Straße gegangen sind und ihre Rechte eingefordert haben, gehört unser voller Respekt und unsere Unterstützung. Zugleich trauern wir um die vielen Opfer in Tunesien, Ägypten und Libyen. Gefahr für die protestierenden Menschen besteht auch in Algerien, Marokko, Jordanien, in Palästina, Bahrain, Katar, im Jemen, in Saudi-Arabien und in Djibuti. Auch in diesen Staaten gibt es Verwundete und Tote. Wir fordern die Regierungen dieser Staaten auf, keine Gewalt gegen friedliche

Demonstranten anzuwenden.

Die künftige Entwicklung im Nahen Osten liegt voll in der Eigenverantwortung der jeweiligen Staaten. Ohne bevormundend zu sein, sollte die Europäische Union jedoch aktiv den politischen Wandel begleiten. Zunächst allerdings muss sie ihre eigene Glaubwürdigkeit wiedergewinnen: Zu eng war die Kooperation mit den korrupten Regimen der Region. Solange deren Machthaber westlich orientiert waren und vermeintliche islamistische Gefahren einzudämmen schienen, wurden sie als Partner akzeptiert. Auch in der EU-Flüchtlingspolitik waren und sind die Maghreb-Staaten begehrte Partner, um Migranten aus (Nord-)Afrika abzuhalten. Hier wurden menschenrechtlich fragwürdige Kompromisse geschlossen. Zwar mahnten die EU beziehungsweise ihre Mitgliedsstaaten die Einhaltung der Menschenrechte regelmäßig an. Spürbare Konsequenzen hatten Menschenrechtsverletzungen für die Regierungen jedoch nicht. Hier muss die Europäische Mittelmeerpolitik beziehungsweise die Nachbarschaftspolitik insgesamt neu justiert werden.

Aus den Reformbewegungen werden nicht automatisch rechtsstaatlich orientierte Regierungen entstehen. Zulange wurden und werden in der Region oppositionelle Gruppierungen unterdrückt, als dass diese nun sofort perfekt organisiert in ein demokratisches System starten könnten. Deshalb muss die EU eng mit den Reformkräften zusammenarbeiten, damit demokratische Grundlagen geschaffen und Meinungs- und Pressefreiheit sowie Versammlungsfreiheit künftig voll gewährleistet werden. Wichtigster Schritt aber muss zunächst die Freilassung aller politischen Gefangenen sein.

Freie Wahlen, Menschenrechte und Demokratie sind wichtige Forderungen an die Regierungen der Region. Die Zukunft in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderen Ländern wird jedoch wesentlich von der Verbesserung der sozialen Lage der Menschen und den beruflichen Perspektiven der Jugend abhängen. Politische und bürgerliche Reche ohne bessere Lebensbedingungen werden die Menschen nicht zufriedenstellen. Ein "Marshallplan", wie ihn die EU-Außenbeauftragte Ashton für Nordafrika vorgeschlagen hat, weist in die richtige Richtung. Unterstützung der Demokratisierung, Förderung der Zivilgesellschaft, Handelserleichterungen und Investitionen in Bildung könnten über einen solchen Marshallplan finanziert werden. Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für junge Menschen würden auch den Migrationsdruck auf Europa verringern. Visaerleichterungen für junge Akademiker/innen und eine neue EU-Flüchtlingspolitik, die die Lasten solidarisch unter den Mitgliedsstaaten verteilt, wären ebenfalls äußerst hilfreich. Hier ist die Bundesregierung gefordert. Bislang tritt sie gegenüber den Reformbewegungen in der Region äußerst zögerlich auf, und zu den flüchtlingspolitischen Vorschlägen der südeuropäischen EU-Staaten

verhält sie sich abwehrend. Daher fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, sich konstruktiv und solidarisch auf die neue politische Situation im Nahen Osten einzulassen. Ihre gegenwärtige abwartende und abwehrende Haltung ist politisch und menschenrechtlich kontraproduktiv.